

**Europa muss man richtig machen:  
Wie Deutschland auf die Krise der Europäischen Union reagieren muss**

**Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik  
unter dem Vorsitz von Elmar Brok MdEP**

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Krise:

- Die Referenden über den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden waren Denkmäler für die jeweilige nationale Politik. Allerdings spielten auch Zweifel am heutigen Zustand der EU eine wichtige Rolle.
- Die Art und Weise, wie der EU-Finanzgipfel vom 17. Juni 2005 scheiterte, war symptomatisch für den Mangel an Konsenswillen.
- Das Festhalten an Vollmitgliedschafts-Verhandlungen mit der Türkei berücksichtigt den Willen vieler Bürger nicht hinreichend.
- Die Führungsschwäche der Europäischen Kommission und zahlreicher Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ist ein Teil des Problems.
- Viele Menschen haben Sorge um unseren wirtschaftlichen Wohlstand, um Arbeitsplätze, um die Gefahr eines sozialen Abstiegs und die Identität der europäischen Gesellschaften im Zeitalter der Globalisierung.

Das, was Europa erreicht hat, ist gefährdet. Wir als CDU müssen daher hinhören, verstehen und politische Führung leisten. Nur wer eine verlässliche und seriöse Politik verfolgt, wird das Vertrauen der Menschen gewinnen und sie auf dem Weg zum vereinten Europa mitnehmen können. Die französischen und niederländischen Bürger haben nicht dem europäischen Einigungswerk als solchem oder dem Vorhaben, Europa eine Verfassung zu geben, eine Absage erteilt, sondern den Fehlern der vergangenen Jahre. Die aktuelle Bundesregierung trägt einen großen Anteil am Vertrauensverlust in Europa. Auch die deutschen Bürger sagen nein zur Aufweichung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, zum Fehlen echter Strukturreformen in wichtigen EU-Mitgliedstaaten (Lissabon-Prozess), zur Instrumentalisierung Europas gegen die USA, gegen die rücksichtslose Konfrontation von großen gegen kleine und von alten gegen neue Mitgliedstaaten sowie das Durchsetzen von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Daher sagen wir:

**Europa muss man richtig machen!**

## **1. Europa in gute Verfassung bringen**

Viele Menschen sagen „Nein“ zur Europäischen Union, wie sie sich ihnen heute darstellt. Gerade deshalb müssen die Verbesserungen der Verfassung letztlich erreicht werden und wir intensiv mit den Bürgern über unsere Vorstellungen von Europa diskutieren. Nicht nur die Politik, sondern alle wichtige Gruppen der Gesellschaft wie z. B. die Kirchen, die Unternehmen und die Gewerkschaften, müssen sich für ein vitales Europa engagieren. Die im Frühjahr 2006 geplante Bewertung der Reflexionsphase muss zu einem Weg der Fortsetzung des Ratifikationsprozesses führen, der spätestens Ende 2007 abgeschlossen sein sollte. Die CDU wird die Reflexionsphase nutzen, um ihr Profil als bürgernahe und wertorientierte Europapartei zu stärken:

- Die CDU Deutschlands nimmt die Sorgen der Bürger gegenüber europäischen Entscheidungen ernst. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, dass Deutschland EU-Gesetzgebungsinitiativen bereits in der Vorphase europäischer Gesetzgebung kritisch prüfen wird, ob sie den Dreifachtest der Subsidiarität, der niedrigen Kosten und der Wettbewerbsfähigkeit bestehen. Dies wollen wir durch das vorgesehene Vorwarnsystem von Bundestag und Bundesrat sowie durch einen künftigen Europaminister im Bundeskanzleramt sicherstellen.
- Die Inhalte des Verfassungsvertrages für mehr Beteiligung und die Rechte des Bürgers, für mehr Transparenz, Entscheidungsfähigkeit und Demokratie, für die Kontrollrechte der nationalen Parlamente, für Kompetenzbegrenzung und Subsidiarität und für ein Europa der Werte müssen kommuniziert werden.
- Die Rolle Europas in der Welt muss deutlich gemacht werden. Denn den Fragen von Krieg und Frieden und unseren politischen und ökonomischen Interessen können wir nur mit geeinter Kraft begegnen.
- Der politische und ökonomische Nutzen der EU insgesamt und der Erweiterung einschließlich der Osterweiterung muss deutlich dargestellt werden.
- Europa ist nicht ein Teil des Problems der Globalisierung, sondern ein Teil der Lösung.
- Die Finanzierung der EU muss auf eine stabile und zukunftsorientierte Basis gestellt werden.

## **2. Wachstum und Arbeitsplätze**

Die Bürger Europas werden wieder verstärkt in die Politische Union Europas mit einer gemein-

samen Rechtsordnung, gemeinschaftlichen Institutionen und Verfahren Vertrauen setzen, wenn die Rahmenbedingungen im EU-Binnenmarkt auf wirtschaftliche Dynamik und die Entstehung neuer, konkurrenzfähiger Arbeitsplätze gestellt worden sind. Hierfür tragen die Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung. Daneben muss auch die EU hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Die CDU Deutschland fordert:

- Die Wiederaufnahme einer konsequenten Wachstumspolitik durch Strukturreformen, wie sie im Lissabon-Prozess vereinbart wurden. Dazu gehört auch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Forschung und der Innovation.
- Die Durchführung einer konsequenten Stabilitäts- und Wachstumspolitik, um die Stabilität des Euro zu sichern.

### **3. Erweiterungen der EU**

Der Europäische Einigungsprozess braucht eine Phase der Konsolidierung. Das betrifft vor allem die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten. Die EU muss aber auch durch die institutionellen Reformen des EU-Verfassungsvertrages konsolidiert werden, mit denen die letzte Erweiterungsrunde für die EU verkraftbar gemacht werden muss.

Die CDU Deutschlands will dazu auf europäischer Ebene eine Debatte über die zukünftigen Grenzen Europas anstoßen. Nur mit einer gemeinsamen Identität, die von den Bürgern getragen wird, kann Europa gemeinsam stark nach außen sein. Handlungsfähigkeit und Aufnahmefähigkeit sind wesentliche Kriterien.

- Das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ für Länder wie die Türkei wird den Interessen aller Beteiligten besser gerecht als eine überdehnte Europäische Union. Sie ist auch ehrlicher gegenüber unseren Nachbarn.
- Die EU muss eine zweite Option neben der Mitgliedschaft nach dem Modell des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) für europäische Staaten anbieten, um ihnen eine europäische Perspektive zu geben und um gleichzeitig eine Überforderung der EU zu vermeiden.
- Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens soll erst vollzogen werden, wenn die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission anzeigen, dass sie die Voraussetzungen erfüllen.